

20/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Keine Gemeinsamkeit mit den Radikalen

Eine schwere Niederlage für die CDU/CSU hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, das Ergebnis der Europawahl genannt: Da gebe es nichts zu beschönigen. Weiter erklärte der Bundeskanzler auf einer Pressekonferenz am 19. Juni 1989 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn:

Für uns ist dieses Ergebnis vor allem deswegen schmerzlich, weil wir in der Bundesrepublik Deutschland eine außerordentlich positive Gesamt-lage zu verzeichnen haben. Die außen- und sicherheitspolitische Entwicklung gerade in den letzten Wochen und Monaten hat eine starke und international angesehene Stellung der Bundesrepublik Deutschland sichtbar gemacht.

Ich erinnere an die Besuche des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Generalsekretärs der KPD/SDP, aber auch an den wesentlichen Anteil der Bundesregierung an den Beschlüssen des Brüsseler NATO-Gipfels. Zwischen West und Ost gibt es gegenwärtig eine insgesamt sehr positive Entwicklung, und wir Deutschen haben einen ganz wesentlichen Anteil daran. Ähnliches gibt es aus der Innenpolitik zu berichten. Ich brauche Ihnen die Daten im einzelnen nicht noch einmal vorzutragen.

Alles in allem können wir eine erfolgreiche Politik vorweisen — umso schmerzlicher ist dieses Wahlergebnis. Dabei ist es nur ein geringer Trost für uns,

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Helmut Kohl:**
Unser Ziel ist eine dauerhafte Friedensordnung in Europa. Tischrede des Bundeskanzlers zu Ehren von Generalsekretär Michail Gorbatschow. Seite 5
- **Alfred Dregger:**
Unsere Grundsentscheidungen brachten den Erfolg. Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU in der Europa-Debatte des Bundestages. Seite 10
- **Umwelt und Energie**
Unsere Verantwortung für die Schöpfung. Vorstellung des Leitantrags des Bundesvorstands. Seite 13
- **Sicherheit**
CDU an der Seite der Bundeswehr. Seite 17
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Sommer aktiv — Freizeitspaß mit der Union. Vorschläge und Werbemittel. Seite 18
- **Dokumentation**
Dritte Direktwahl zum Europäischen Parlament und Kommunalwahlen im Saarland. Vorläufige Endergebnisse. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

daß dieses Ergebnis immerhin wesentlich günstiger ausgefallen ist, als ein Großteil der Beobachter uns noch in den letzten Wochen vorausgesagt hatte. Denn wie Sie wissen, steckten wir den demoskopischen Ergebnissen zufolge in den vergangenen Wochen in einem ausgesprochenem Tief — unter 35 Prozent. Wir sind jetzt wenigstens wieder stärkste Partei geworden: das ist immerhin ein erfreuliches Ergebnis.

Man muß dieses Ergebnis natürlich auch in der Relation zur Wahlbeteiligung sehen: Sie war gestern um rund 25 Prozent niedriger als die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen. Dennoch bleibt das Ergebnis unbefriedigend.

Bemerkenswert an diesem Ergebnis finde ich, daß das normale Wechselspiel der politischen Kräfte von Regierung und Opposition ganz offensichtlich nicht mehr richtig funktioniert: Die Sozialdemokraten sind entgegen ihrer Erwartung nicht als Gewinner aus der Europawahl hervorgegangen, obwohl sie vor wenigen Wochen auf der Börse der Demoskopen noch mit rund 45 Prozent notiert worden waren. Hier ist also eine tiefgreifende Veränderung zu beobachten. Bemerkenswert ist übrigens auch, daß die Grünen keine wesentlichen Fortschritte machen konnten. Insgesamt hat der gestrige Tag bewiesen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keine sogenannte linke Mehrheit gibt, wie Sozialdemokraten und Grüne sie immer wieder herbeizureden versuchen.

Für uns ist es erfreulich, daß unsere Kollegen von der FDP wieder ins Europäische Parlament zurückkehrt sind. Das wird sicherlich auch für die Arbeit in der Koalition eine positive Auswirkung haben.

Das bemerkenswerteste Datum des gestrigen Tages ist aber das Abschneiden der Republikaner, die einen beachtlichen Erfolg verbuchen können. Wenn Sie eine erste Wertung vornehmen, werden Sie zunächst einmal feststellen, daß es ein unübersehbares Süd-Nord-Gefälle gibt. Ich glaube, man kann außerdem jetzt schon sagen — nach allem, was wir aus den Erfahrungen im Wahlkampf und bei den Wahlen in Berlin und Hessen wissen —, daß diese Gruppe sich zusammensetzt aus Protestwählern, die aus allen sozialen Schichten der Bevölkerung kommen, und daß hier eine starke Dominanz männlicher Wähler zu verzeichnen ist. Wenn die Daten stimmen, die mir im Augenblick zur Verfügung stehen, haben die Republikaner auch einen beträchtlichen Anteil an jungen Wählern.

Die Motive, die zum Wahlerfolg der Republikaner geführt haben, sind sicherlich vielschichtig. Offenkundig hat es bei der Europawahl eine erhebliche Rolle gespielt, daß viele die großen Chancen und Vorteile der europäischen Integration noch nicht erkennen. Da gibt es immer noch ein beachtliches Maß von Angst; das gilt für Bauern wie für Mittelständler, aber auch für Teile der Arbeitnehmerschaft. Es ist ganz klar, daß die Republikaner versucht haben, daraus entsprechende Gewinne zu ziehen, was ihnen offensichtlich — mindestens teilweise — auch gelungen ist.

Über die Konsequenzen haben wir heute eingehend gesprochen; diese Diskussion wird natürlich fortgesetzt, denn sie läßt sich nicht in ein paar Stunden abschließen. Für den Parteivorstand stelle ich noch einmal unmißverständlich fest:

Es gibt für die Christlich Demokratische Union Deutschlands keine Gemeinsamkeit mit einer der beiden radikalen Gruppierungen — weder mit den Grünen, noch mit den

Republikanern. Sie sind keine Koalitionspartner für uns — und zwar auf keiner Ebene, damit hier überhaupt kein Zweifel aufkommt!

Wir sehen unsere Aufgabe darin, diese Parteien zu bekämpfen und den Wählern deutlich zu machen, wohin die Reise mit deren Politik und mit deren führenden Persönlichkeiten ginge. Wenn ich sage, wir werden die Republikaner bekämpfen, dann heißt das aber gleichzeitig, daß wir uns darum bemühen werden, jene Wähler zurückzugewinnen, die aus den unterschiedlichsten Gründen dorthin gegangen sind: Sei es in der Absicht, einen Denkzettel zu erteilen, oder aus allgemeiner Verdrossenheit oder in der irrgen Vorstellung, die europäische Integration stehe im Widerspruch zur Einheit der Nation.

Wir müssen diese Themen aufgreifen und offensiv auf die Wähler zugehen. Dabei stellt sich aber auch die Frage nach Defiziten in unserer Politik. Soweit ich es erkennen kann, haben hier zwei Themen eine besondere Rolle gespielt. Da ist zunächst die Asylantenfrage. Hier ist die Koalition auf einem guten Weg, und wir werden die vorgesehenen Maßnahmen sehr rasch vorantreiben. Ich hoffe, daß das dann auch die notwendige Wirkung zeigt. Dabei werden wir aber gleichzeitig ganz deutlich machen, daß die Bundesrepublik Deutschland kein ausländerfeindliches Land wird. Dies ist für uns unakzeptabel.

Ein zweites Thema, dessen Dringlichkeit für mich immer deutlicher wird, ist die Wohnungsversorgung in bestimmten Ballungszentren. Hier hat sich die Lage, hier haben sich aber auch die Ansprüche erheblich verändert. Das hat Folgen für die Politik, wobei ich gleich hinzufüge: Das ist nur zum Teil eine Aufgabe für die Bundespolitik, zu einem ganz wesentlichen Teil nach unserer föderativen Ord-

nung eine Aufgabe der Landespolitik. Eine wichtige Rolle haben aber auch die sogenannten immateriellen Fragen gespielt. Wir haben in den letzten Wochen eine intensive Diskussion über die Einheit der Nation und die deutsche Frage erlebt. Bei den jüngsten Umfragen vor der Wahl waren sich die Institute ziemlich einig, daß die Frage der Wiedervereinigung auf der Interessenskala Werte erreicht hat, die in Jahrzehnten zuvor nicht ermittelt wurden. Dies hat natürlich auch Auswirkungen für die Auseinandersetzung mit den Republikanern, die auf Nationalismus setzen.

Ich will an dieser Stelle sehr nachdenklich die Frage anfügen, inwieweit die Politik der großen Volksparteien und die damit verbundenen Ansprüche für bestimmte Teile der Bevölkerung verständlich und akzeptabel zu machen sind. Das gestrige Wahlergebnis ist also eine Frage an die Volkspartei Union — doch ebenso an andere Volksparteien, aber deren Interessen habe ich hier nicht zu vertreten. Wir haben darüber nachzudenken — und das ist heute ausgiebig diskutiert worden —, inwieweit unser Auftreten und unsere Politikdarstellung inzwischen auch bei uns in der Union zu „profifhaft“ geworden sind, ob wir beispielsweise junge Leute mit unserer Sprache noch erreichen. Auch scheint sich angesichts des allgemeinen Wohlstands der eine oder andere zu überlegen, ob es jetzt nicht an der Zeit sei, politisch ein wenig zu experimentieren, weil man glaubt, man gehe mit einem solchen Experiment kein Risiko ein.

Hier haben wir sicher noch manches aufzuarbeiten, und deshalb wird eine wichtige Aufgabe in den nächsten Monaten für uns darin bestehen, den Wählern das Risiko von Wahlentscheidungen für bestimmte radikale Gruppierungen noch deutlicher zu machen. Für die Koalition

bedeutet das Wahlergebnis, daß wir unsere Politik noch sachlicher, noch reibungsloser vorantreiben müssen. Wir — CDU/CSU wie FDP — haben 1990 nur **gemeinsam** eine Chance, unsere gute Regierungsarbeit fortzusetzen, und dazu muß jeder seinen Teil beitragen.

Das Wahlergebnis bedeutet für die Volkspartei CDU, daß wir uns ganz besonders jenen Gruppen unserer Bevölkerung zuwenden müssen, in denen wir Defizite zu verzeichnen haben, nämlich der jungen Generation, der Arbeitnehmerschaft und den Frauen. Gerade nach dem gestrigen Ergebnis gewinnt der Vorschlag, den ich auf dem Wiesbadener Parteitag gemacht habe, eine zunehmende Bedeutung, daß wir die Struktur unserer Partei in der Substanz durchleuchten und prüfen, inwieweit wir hier Nachholbedarf haben.

Wir waren uns heute im Bundesvorstand auch alle darin einig, daß wir nicht nur von Loyalität reden dürfen, sondern Loyalität selbstverständlich praktizieren müssen; das heißt, daß dieses oder jenes, was in der Vergangenheit an Personalspekulation zu beobachten war, unterbleibt und daß Entscheidungen sachgerecht getroffen und dann von uns gemeinsam getragen werden.

Vor uns liegt eine schwierige Wegstrecke. Wenn ich die Gesamttenденz der politischen Entwicklung der letzten Wochen betrachte, sehe ich eine gute Chance, daß wir unser Ziel erreichen.

Es ist aber noch eine Menge zu tun, und wir müssen diesen Weg unabirrt gehen — ungeachtet der Rückschläge, die wir dabei einstecken müssen. Wir haben unsere Chance, aber entscheidend ist, daß wir in dieser schwierigen Situation mit kämpferischen Mut und höchstem Einsatz diese Chance auch wahrnehmen.

Antragsschluß

Änderungs-, Ergänzungs- sowie sonstige Anträge an den 37. Bundesparteitag in Bremen müssen bis Montag, 14. August 1989, bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein. Später eingehende Anträge können aus technischen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden.

Doping: Notfalls auf den sportlichen Erfolg verzichten

Der Bundesfachausschuß Sport hat sich mit dem Doping-Problem im Spitzensport befaßt und eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt.

Zur Auswertung dieser Anhörung erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Ferdinand Tillmann, daß sich die CDU zwar ausdrücklich zur Förderung des Spitzensports und zum Leistungsbedürfnis von Sportlern und Gesellschaft bekenne, aber die Anwendung aller Mittel ablehne, mit denen Leistungssteigerung erzielt werden soll, ohne Gesundheit, Chancengerechtigkeit und Menschenwürde zu wahren.

Die CDU sieht daher eine vordringliche Aufgabe der Sportorganisationen darin, mit dem Verbot gesundheitsschädlicher Mittel ein möglichst internationales System der Doping-Kontrollen zu schaffen und auch anzuwenden.

Ferdinand Tillmann: Antidopingmaßnahmen können nur erfolgreich sein, wenn sie von der Bereitschaft getragen werden, notfalls auf den sportlichen Erfolg zu verzichten.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Unser Ziel ist eine dauerhafte Friedensordnung in Europa

Bundeskanzler Helmut Kohl hielt bei einem Abendessen zu Ehren von Generalsekretär Michail S. Gorbatschow am 12. Juni 1989 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg folgende Ansprache, in der er die zentrale Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen für das Ost-West-Verhältnis insgesamt hervorhob:

Herr Generalsekretär, ich heiße Sie, Ihre Frau Gemahlin und Ihre Delegation, zugleich im Namen meiner Mitbürger, herzlich willkommen. Ich denke gern an die großartige Gastfreundschaft zurück, die Sie uns im letzten Herbst in Moskau erwiesen haben. Wir werden uns bemühen, sie in diesen Tagen zu erwidern.

Bei unseren Gesprächen in Moskau haben wir uns ein ehrgeiziges Programm vorgenommen, unsere Beziehungen zu entwickeln und einen Zustand guter Nachbarschaft zwischen unseren beiden Ländern dauerhaft zu begründen. Ich bin überzeugt, daß wir in der Bilanz Ihres Besuchs feststellen werden:

Vieles von dem, was damals noch Planung war, ist fertig oder auf gutem Wege. Nach guter Saat im Herbst können wir jetzt die Ernte einbringen.

Herr Generalsekretär, wir begrüßen Sie auf Ihrem ersten Auslandsbesuch nach Ihrer Wahl zum Staatsoberhaupt der UdSSR. Ich möchte an dieser Stelle meine herzlichen Glückwünsche an Sie persönlich erneuern.

Wir begrüßen in Ihnen den Politiker, der entschlossen und zielbewußt sein Land in

einen tiefgreifenden Prozeß politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umgestaltung führt. Damit geben Sie anderen Ländern Mittel- und Osteuropas ein Beispiel. Zugleich weisen Sie der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik neue Wege.

Bei uns und unseren Verbündeten findet Ihre Politik Zustimmung und Ermutigung — mehr noch: Wir wünschen Ihnen Erfolg und sind bereit, dazu nach unseren Möglichkeiten beizutragen.

Die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses haben in ihrer Brüsseler Gipfelerklärung einmütig die historischen Veränderungen in Ihrem Lande und in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas gewürdigt. Sie haben bekraftigt, was seit über zwei Jahrzehnten feste Politik unseres Bündnisses ist:

- Auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit
- das Angebot von Dialog und Zusammenarbeit zu realisieren.

Die Nordatlantische Allianz bekennt sich im Bündnisvertrag zu den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts.

Als Mitglied dieses Bündnisses begrüßen wir besonders, daß Ihr Land, Herr Generalsekretär, sich im Innern und nach außen öffnet: Hin zu mehr Pluralismus und Rechtssicherheit, hin zu mehr Menschen- und Bürgerrechten, hin zu mehr Verständigung über bisher trennende Grenzen und Gräben hinweg.

Jedes Mehr an Öffnung ist eine gute neue

Chance der Zusammenarbeit mit uns. Dies hat sich in den vergangenen Jahren insbesondere auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle erwiesen.

Auf diesen soliden Grundlagen wollen wir jetzt weiterbauen. Unser Bündnis hat dazu mit seinem Gesamtkonzept der Abrüstung und Rüstungskontrolle den Kurs abgesteckt:

- Wir begrüßen die baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Halbierung ihrer strategischen Nuklearpotentiale. Wir wünschen ihnen raschen Erfolg.
- Wir wirken nach besten Kräften mit, daß am Genfer Verhandlungstisch die längst überfällige Konvention zur weltweiten Ächtung chemischer Waffen bald zustande kommt.
- Kernproblem der europäischen — und unserer — Sicherheit bleibt die starke konventionelle Überlegenheit der Streitkräfte des Warschauer Pakts. Auch dafür muß eine Lösung durch Abbau der Rüstungen auf ein stabiles Gleichgewicht und durch zusätzliche Maßnahmen der Vertrauensbildung gefunden werden.

Dies ist das Programm der Wiener Verhandlungen. Ihnen hat Präsident Bush mit seiner Brüsseler Initiative zusätzliche Dynamik verliehen. Unser Bündnis hat seine Vorschläge inzwischen in Wien eingebbracht:

Wir wollen nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Prozeß konventioneller Abrüstung auch baldmöglichst Verhandlungen über die teilweise Verminderung der amerikanischen und sowjetischen Kurzstreckenraketen erreichen: Hier ist das Übergewicht auf Seiten des Warschauer Pakts für uns besonders bedrückend.

Um so dringender wiederhole ich deshalb, Herr Generalsekretär, meinen

Appell, durch einseitigen Abbau die Voraussetzungen für derartige Verhandlungen zu erleichtern.

Wir müssen jeden Krieg — ob nuklear oder konventionell — zuverlässig verhindern. Dies nimmt uns in die Pflicht, den Weg der Abrüstung und Rüstungskontrolle energisch fortzusetzen.

Wir erfüllen damit hohe Erwartungen unserer Völker, die wünschen, daß ihr natürlicher Reichtum, ihre Erfindungsgabe und ihre Arbeitskraft Werken des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit zugute kommen.

Wir erfüllen damit die Erwartungen der ärmeren Länder unserer Erde. Die Menschen dort können nur dann auf Besserung ihres Loses hoffen, wenn alle Länder des Nordens zur Überwindung von Armut, Hunger, Verschuldung und Überbevölkerung in der Dritten Welt beitragen.

Die fortdauernde Teilung empfinden wir als eine offene Wunde

Herr Generalsekretär, solche Gedanken des Friedens bewegen unser Volk in diesem Jahr besonders: Vor 50 Jahren begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen, das kurz zuvor durch einen schändlichen Pakt zum vierten Mal geteilt wurde. Wir Deutschen sind uns bewußt, wieviel Tod und Vernichtung, wieviel Leid und Elend, von deutscher Hand und in deutschem Namen begangen, dieser Krieg einige Zeit später auch über die Völker der Sowjetunion gebracht hat.

Auch zahllose Deutsche kamen unschuldig ums Leben, und viele haben furchtbare Leid erdulden müssen. Weit über zehn Millionen Vertriebene und Flüchtlinge verloren ihre Heimat. Unser Vaterland und seine alte Hauptstadt Berlin wurden geteilt.

Das Zusammengenährigkeitsgefühl der Deutschen in West und Ost ist ungebrochen. Die fortwährende Teilung empfinden wir als eine offene Wunde.

Herr Generalsekretär, vor wenigen Wochen haben wir auch den 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland begangen. In diesem Gemeinwesen haben wir die Lehren unserer Geschichte beherzigt. Wir haben uns in Freiheit eine Verfassung gegeben, die alle staatliche Gewalt auf die unbedingte Achtung und den absoluten Schutz der Menschenwürde verpflichtet.

Das deutsche Volk bekundet dort seinen Willen, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

Aus der Entscheidung für Freiheit und Demokratie im Innern folgte die Entscheidung, uns in der NATO mit Staaten zu verbünden, die sich zu den gleichen Werten bekennen.

Wir haben uns mit unseren westeuropäischen Nachbarn zu einer inzwischen aus zwölf Mitgliedstaaten bestehenden Europäischen Gemeinschaft zusammen geschlossen,

- die am nächsten Sonntag zum dritten Mal ein gemeinsames europäisches Parlament wählt,
- die bis Ende 1992 die Grenzen untereinander beseitigen und den großen Binnenmarkt herstellen wird und
- die dem Ziel einer politischen Union verpflichtet ist.

All diese Bindungen stehen für uns, für die Bundesrepublik Deutschland, nicht zur Disposition.

Zugleich vergessen wir nie, daß die Europäische Gemeinschaft nicht das ganze Europa ist. Deshalb engagieren wir uns in besonderem Maße für mehr Sicherheit

und Zusammenarbeit in Europa. Unser Ziel ist eine dauerhafte, stabile und gerechte europäische Friedensordnung,

- in der Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung für alle Völker gewährleistet sind,
- in der künstlichen Trennungen beseitigt und ihre abstoßenden Symbole, wie die Berliner Mauer, abgerissen werden und
- in der das ganze Europa in seiner großen geschichtlichen, kulturellen und menschlichen Einheit wiederersteht.

Das Abschlußdokument des Wiener Folgetreffens zeigt neue Wege auf, insbesondere zu Fortschritten bei der Achtung der

Tischrede des Bundeskanzlers

Menschenrechte, zu Freizügigkeit, Religionsfreiheit und Schutz der Minderheiten.

Zu diesem gesamteuropäischen Prozeß tragen wir auch durch gutnachbarliche Beziehungen mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn bei.

Unsere Beziehungen zu Ihrem Land, Herr Generalsekretär, spielen dabei eine zentrale Rolle. Und gute deutsch-sowjetische Beziehungen sind von zentraler Bedeutung für das West-Ost-Verhältnis insgesamt.

Mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen 1955/1956 und dem Moskauer Vertrag von 1970 mit allen Begleitdokumenten, den wir nach Buchstaben und Geist erfüllen, sind solide Fundamente gelegt. Auf ihnen wollen wir mit unserem Besuchsaustausch und mit dem Schwung, den er in die Beziehungen auf allen Gebieten bringt, zielstrebig weiterbauen.

Wir wollen, wie wir es auch beide verabredet haben, den vertrauensvollen Dialog

auf höchster Ebene regelmäßig fortsetzen. Wir ermutigen Konsultationen, Kontakte und Begegnungen auf allen Ebenen: der Regierungen, der Parlamente, der Kirchen und gesellschaftlichen Organisationen, der Städte und Gemeinden, der Bürger und insbesondere der Jugend.

Ein Austauschabkommen wird dies morgen bekräftigen. Berlin (West) wird in alle unsere Verträge in Übereinstimmung mit dem Viermächte-Abkommen einbezogen. Sie wissen, Herr Generalsekretär, welche Bedeutung die volle Einbeziehung Berlins für die Entwicklung unserer Beziehungen in allen Bereichen hat.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen haben sich bereits in schwieriger Zeit als stabilisierendes Element der Gesamtbeziehungen bewährt. Angesichts der tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltungen in der Sowjetunion ist sich die Bundesrepublik Deutschland als größter westlicher Wirtschaftspartner Ihres Landes ihrer besonderen Rolle bewußt. Wir sind bereit, auf Grund des gegenseitigen Nutzens unsere Zusammenarbeit weiter auszubauen, auch in neuen Formen der Kooperation und auf neuen Gebieten wie den Umwelttechnologien.

Für den Austausch in Kultur und Wissenschaft gibt es große Vorbilder

Die Abkommen über Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften sowie über Schutz und Förderung von Investitionen, die wir morgen unterzeichnen werden, sind dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Zentren für Handel und Industrie in beiden Ländern werden die Zusammenarbeit der Unternehmen weiter erleichtern.

Für engen, fruchtbaren Austausch in Kultur und Wissenschaft haben große Vorbil-

der aus unseren Völkern den Weg gewiesen:

- Alexander von Humboldt auf Forschungsreisen in den Ural und nach Zentralasien,
- Iwan Turgenjew in Baden-Baden,
- Wassili Kandinskij als Mitbegründer des „Blauen Reiters“ in München, als Lehrer am Bauhaus in Weimar und Dessau oder
- Boris Pasternak als genialer Faust-Ubersetzer.

Sie alle haben der kulturellen und menschlichen Begegnung und der wechselseitigen Wertschätzung unserer Völker Türen geöffnet. Auf ihrem Weg wollen wir weitergehen:

- So vereinbaren wir morgen die längst überfällige Gründung von Kulturinstitutionen,
- und unterzeichnen das Abkommen über den Austausch von Wissenschaftlern, Lehrern und Schülern.

Wir knüpfen damit an gute Traditionen unserer jahrhundertelangen Geschichte an.

Teil des geschichtlichen Erbes, das uns verbindet, sind auch die deutschen Landsleute, die vor rund 250 Jahren nach Rußland auszuwandern begannen und mit Fleiß und Zuverlässigkeit zum Aufbau ihrer neuen Heimat beigetragen haben. Nach Jahrzehnten des Unglücks, an denen diese Menschen keine Schuld tragen, sollten sie heute wieder Mittler zwischen beiden Völkern sein können.

Für viele von ihnen haben Sie, Herr Generalsekretär, die Möglichkeit eröffnet, zu ihren Familien und Freunden bei uns auszureisen, und wir danken Ihnen dafür! Denen, die in der Sowjetunion bleiben möchten, wünschen wir, daß sie ihre Identität wahren können. Wir wollen ihnen gerne helfen, ihre Religion, Sprache und Kultur zu pflegen.

Herr Generalsekretär, Politik bleibt abstraktes Gedankengebäude, wenn sie die Herzen der Menschen nicht gewinnt; Bemühungen der Regierungen, die Beziehungen zu verbessern, finden ihre Grenzen, wenn die Völker sie nicht mittragen.

Mitmenschliches Engagement ist im Verhältnis unserer Länder und Völker in erfreulichem Maß gegeben. Davon zeugt nicht nur die ungewöhnlich große Aufmerksamkeit, mit dem meine Landsleute die Entwicklung in der Sowjetunion verfolgen, sondern auch die beachtliche mitmenschliche Solidarität, die sich nach dem Erdbeben in Armenien im letzten Jahr und nach dem schrecklichen Eisenbahnunglück vor wenigen Tagen eindrucksvoll erwiesen hat.

Auf den Frieden in Europa und in der Welt!

Herr Generalsekretär, auf diesen politischen und menschlichen Grundlagen wollen wir unsere Politik in der Perspektive des Jahres 2000 fortentwickeln.

Morgen werden wir dazu als Kursbestimmung eine Gemeinsame Erklärung verabschieden. Mit dieser Politik werden wir den tiefsten Wunsch der Völker erfüllen, mit Verständigung und Versöhnung die Wunden der Vergangenheit zu heilen und eine bessere Zukunft zu bauen.

Ich erhebe mein Glas auf Ihr Wohl, Herr Generalsekretär, und auf das Wohl Ihrer Frau Gemahlin, auf das Wohl Ihrer Landsleute hier im Saal und auf das Wohl Ihrer Landsleute, die uns über Radio und Fernsehen hören können, auf eine gute Aufwärtsentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und auf den Frieden zwischen unseren Völkern, auf den Frieden in Europa und in der Welt.

Regierungserklärung

Die von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Vorsitzenden des obersten Sowjets, Michail Gorbatschow, am 13. Juni in Bonn unterzeichnete GEMEINSAME ERKLÄRUNG sowie die von Bundeskanzler Helmut Kohl am 16. Juni vor dem Deutschen Bundestag abgegebene REGIERUNGSERKLÄRUNG zum Staatsbesuch von Michail Gorbatschow können Sie im vollen Wortlaut beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstr. 11, 5300 Bonn 1, auf Bestellung kostenlos beziehen.

Klarheit bei Einberufungsterminen

Vom 1. Oktober 1989 an werden die Einberufungen zur Bundeswehr wieder zum Quartalsbeginn vorgenommen. Dies hat Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg entschieden. Damit kehrt die Bundeswehr für die nächsten drei Jahre zu den seit Jahrzehnten bewährten Einberufungsterminen 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober zurück. Die Entscheidung hat vor allem den Vorteil, daß auch die Fachoberschulabsolventen künftig wieder zum 1. Juli einberufen werden können.

Weniger Asylbewerber

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf registrierte im Mai mit 6 540 Asylsuchenden etwa 22 Prozent weniger als im Vormonat (8 358). Noch im Februar wurden 12 000 Asylbewerber registriert. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen gegen den Asylmissbrauch durch Polen und Jugoslawien zeigen sichtbare Wirkung.

Alfred Dregger:

Unsere Grundentscheidungen brachten den Erfolg

„**Unser nationales Schicksal ist in das Schicksal Europas eingebettet. Die deutsche Frage muß im gesamteuropäischen Zusammenhang gesehen und gelöst werden.“ Das war der zentrale Satz in der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, die er in der Europa-Debatte am 15. Juni im Deutschen Bundestag gehalten hat. Im einzelnen sagte Dregger:**

Politisch-militärisch ist die Bundesrepublik Deutschland eine Mittelmacht, wirtschaftlich ist sie — als dritte Industrie- und erste Exportnation — eine Großmacht. Drei politische Grundentscheidungen haben diesen ungewöhnlichen Aufstieg in vier Jahrzehnten möglich gemacht.

- Die Atlantische Allianz gibt uns Sicherheit. Nur mit Hilfe der atlantischen Weltmacht USA ist es möglich, die geographische Nähe der Weltmacht Sowjetunion an der Teilungsgrenze zwischen Ost und West auszutarieren. Abrüstung und verbesserte Beziehungen zur Sowjetunion werden an dieser geopolitischen Situation nichts ändern. Solange Europa geteilt ist, behält daher die militärische Präsenz der USA auf unserem Kontinent ihre Bedeutung.

- Nicht weniger wichtig war und ist unsere Entscheidung für den europäischen Zusammenschluß. Durch ihn wurden aus verfeindeten Nachbarn Verbündete und schließlich Freunde. Nur der Zusammenschluß verleiht den europäischen Nationen eine hörbare Stimme im

Konzert der Weltmächte. Ohne den europäischen Zusammenschluß kann auch die Teilung Deutschlands nicht überwunden werden. Nur im europäischen Verbund können wir dieses Ziel mit Aussicht auf Erfolg angehen.

- Auch die dritte Grundentscheidung von 1949, die für die Soziale Marktwirtschaft, hat ihre Bedeutung behalten; ja ihre Bedeutung als Weltmodell nimmt zu. Das soziale Klima bei uns ist anders und besser als in manchen unserer westlichen Nachbarländer. Solange bei uns die Produktivität am höchsten ist, können auch die Sozialstandards die besten sein. Beides hängt zusammen. Es ist bemerkenswert, daß der DGB dazu auffordert, in Europa die deutschen Standards zu halten. Der DGB weiß, daß wir in dieser Frage seine besten Verbündeten sind. Als politisches und wirtschaftliches System ist der Sozialismus von China bis Polen gescheitert. Es ist bemerkenswert, daß die Reformtheoretiker in der Sowjetunion, Ungarn, Polen vor allem Ludwig Erhard und unsere Soziale Marktwirtschaft als Beispiel hinstellen. 72 Jahre nach der Oktober-Revolution erleben wir den weltweiten Sieg der Ideen von Ludwig Erhard über die von Karl Marx.

Die ökonomische, die soziale und die politische Stellung unseres Landes hängt davon ab, daß die drei genannten Grundentscheidungen nicht in Frage gestellt werden. Sie mußten sämtlich gegen die SPD durchgesetzt werden. Spätere Annäherungen der SPD an diese Positionen waren innerparteilich immer umstritten. In dem von der SPD angestrebten Regie-

rungsbündnis mit den Grünen würden die Positionen, die unseren Aufstieg ermöglicht haben, ihre tragende Rolle verlieren.

Was wird aus Deutschland und Europa?

• Die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas, das Gegenüber hochgerüsteter Paktsysteme in Deutschland bestimmen die Gegenwart. Wenn wir diesen Zustand ändern wollen, müssen wir die Trümmer des „Kalten Krieges“ wegräumen und schrittweise ein neues Europa bauen. Dazu gehört, daß wir die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse des jeweils anderen beachten. Wir müssen erkennen, was er als militärische Bedrohung empfindet, und bei der eigenen Sicherheitsplanung berücksichtigen.

• Unser nationales Schicksal ist in das Schicksal Europas eingebettet. Die deutsche Frage muß im gesamteuropäischen Zusammenhang gesehen und gelöst werden. Die Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Gorbatjuschow mit ihren bemerkenswerten Bekenntnissen zur Würde des Menschen als obersten Wert der Politik, zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Gültigkeit des Völkerrechts spricht auch von der Architektur einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Dafür Vorschläge zu erarbeiten, ist auch und vor allem unsere Aufgabe. Kein Volk kann an einer gesamteuropäischen Friedensordnung mehr interessiert sein als das unsere.

Zur gesamteuropäischen Friedensordnung werden zwei große Staatenunionen gehören müssen: Die USA im Westen und die Sowjetunion im Osten. Europa könnte, wenn es seine Teilung überwindet, zur friedenserhaltenden Mitte zwischen den Weltmächten werden. Der Zusammenschluß Europas von Polen bis Portugal kann sich nur schrittweise

vollziehen. Die Vereinigung Westeuropas muß immer die gesamteuropäische Entwicklung im Auge behalten. Eine Arbeitsteilung zwischen WEU und EG bietet sich an. Die WEU könnte zum europäischen Pfeiler der Atlantischen Allianz ausgebaut werden und dieser dadurch eine zweipolige europäisch-amerikanische Struktur geben.

Wenn die EG sich auf die Erarbeitung einer Wirtschafts- und Währungsunion konzentriert, dann könnte sie sich öffnen; zunächst den demokratischen Staaten Mitteleuropas, die den Status der Neutralität gewählt haben, wie z. B. Österreich. Die EG könnte sich auch gegenüber Ländern wie Ungarn und Polen öffnen, wenn diese demokratische Strukturen und die Verwirklichung der Menschenrechte sicherstellen. Die angesehene „Trilaterale Kommission“ hat diese von mir schon vor einiger Zeit gegebenen Anregungen aufgegriffen und besondere Assoziierungsabkommen zu diesem Zweck vorgeschlagen.

Die Sowjetunion hat in jüngster Zeit mehrfach — zuletzt in der Gemeinsamen Erklärung von Generalsekretär Gorbatjuschow und Bundeskanzler Helmut Kohl — ihre Bereitschaft bekundet, den Völkern Ost- und Ost-Mittel-Europas ihren eigenen Weg zu ermöglichen.

Das Zusammenwachsen des Europas von Polen bis Portugal und das damit verbundene Zusammenwachsen Deutschlands wird nicht am Anfang der jetzt eingeleiteten Entwicklung stehen. Vorausgehen müssen wird dem die Bildung der Politischen Union Westeuropas.

Nahziel ist der europäische Binnenmarkt, der größte Markt der Erde. Es ist in Europa unbestritten, daß diese neue Aktivität in der europäischen Entwicklung vor allem zwei Männern zu verdanken ist: dem deutschen Bundeskanzler, Helmut Kohl, in der Zeit seiner Ratspräsi-

denschaft und dem Kommissionspräsidenten Jacques Delors.

Die Tatsache, daß wir das einzige Mitgliedsland der EG sind, das geteilt ist, gibt uns Veranlassung, auf einer Bestimmung in der künftigen europäischen Verfassung zu bestehen, die unser nationales Ziel berücksichtigt. Unsere Aufforderung an den europäischen Verfassungsgeber ist in dem Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP wie folgt formuliert:

Die Teilung Deutschlands und Europas überwinden

„Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Regierungen der Staaten der EG, die Institutionen der EG und das Europäische Parlament auf, bei der Ausarbeitung des Entwurfs für eine Europäische Union als gemeinsames Ziel zu verkern, die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden.“

Präsident Bush hat nach dem NATO-Gipfel in Brüssel, auf dem es galt, deutsche Sicherheitsinteressen in die Allianz erfolgreich einzubringen, der Bundesrepublik Deutschland gegenüber von der Partnerschaft in einer Führungsrolle gesprochen.

Generalsekretär Gorbatschow unterschrieb mit dem Bundeskanzler die Feststellung, Bonn und Moskau hätten angesichts ihres Gewichts in den jeweiligen Bündnissen eine „zentrale Bedeutung“ für die Lage in Europa und das Verhältnis zwischen Ost und West. Auch das ist gewiß zutreffend.

Beide Aussagen zeigen das Ausmaß der Verantwortung, aber auch des Vertrauens, das unserem Land und seiner Regierung entgegengebracht wird. Nicht nur unsere Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, sondern auch die Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung ist erfolgreich. ■

Politische Bildung in Eichholz

Veranstaltungsangebot des Instituts für Politische Bildung in Schloß Eichholz für politische Funktions- und Mandatsträger im 2. Halbjahr 1989. Folgende Veranstaltungen sind vorgesehen:

- **7. August — 11. August 1989**
Workshop für Redakteure von JU-Zeitungen
- **18. August — 20. August 1989**
Bonner Politik in der Verbandszeitung — Möglichkeiten und Erfahrungen
Fachtagung für Journalisten (für Redakteure von Partei-/Verbandszeitungen)
- **18. August — 20. August 1989**
Regierungspolitik in Bonn — Entscheidungen für die Zukunft
- **25. August — 27. August 1989**
Regierungspolitik in Bonn — Entscheidungen für die Zukunft
- **31. August — 2. September 1989**
Sicherheit zum Nulltarif? — Verteidigungsbereitschaft, Bundeswehr und öffentliche Meinung

Teilnahmebedingungen:

Unterkunft und Verpflegung sind frei; Tagungsbeiträge zwischen DM 40,— bis DM 60,— pro Veranstaltung; Fahrtkostenrückerstattung in Höhe einer Rückfahrtkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn (Eigenbeteiligung DM 20,—).

Anmeldungen nimmt entgegen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz, Postfach 1331
5047 Wesseling
Tel. (02236) 707-1, Telex 889727 kasd
Unter dieser Adresse können Sie auch das Gesamtprogramm für das 2. Halbjahr 1989 anfordern. ■

Unsere Verantwortung für die Schöpfung

Anlässlich der Vorstellung des Leitantrages des Bundesvorstandes zur Umwelt- und Energiepolitik für den 37. Bundesparteitag in Bremen (11. bis 13. September 1989) erklären Generalsekretär Heiner Geißler und der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer:

Mit der Vorlage des Entwurfs eines Leitantrages zur Umwelt- und Energiepolitik erfüllt der CDU-Bundesvorstand einen Auftrag des 36. Bundesparteitages von Wiesbaden aus dem Jahr 1988. Die CDU setzt damit ihre Serie von Parteitagen fort, auf denen sie politisch die Weichen für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben einer Gesellschaft an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend stellt:

- Auf dem Stuttgarter Parteitag 1984 wurde der Leitantrag „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“ beschlossen.
- Auf dem Bundesparteitag in Essen 1985 wurden mit den Leitsätzen „Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ die Weichen für eine verstärkte Beteiligung der Frauen in der Politik und Gesellschaft gestellt.
- Mit dem 1986 in Mainz verabschiedeten Zukunftsmanifest entwickelte die CDU das Bild einer fortschrittlichen und menschlichen Gesellschaft von morgen.
- Auf dem Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden wurden auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Position der CDU zum ungeborenen Leben, zur Gentechnologie, für eine kinderfreundliche Gesellschaft, ein Konzept für die

Pflege und ein Programm für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft sowie die deutschland- und außenpolitischen Perspektiven für die 90er Jahre entwickelt.

Mit der Vorlage des Leitantrages zur Umwelt- und Energiepolitik für den Bundesparteitag in Bremen vom 11. bis 13. September 1989 stellt die CDU die globale Umwelt- und Energieproblematik ins Zentrum ihrer Diskussion.

Ziele und Grundsätze

Die Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West sind eine Antwort auf die Ängste der Menschen vor Krieg und Vernichtung. So wie Ost und West auf dem Weg sind, Abrüstung zu verwirklichen und damit eine von den Menschen als global empfundene Bedrohung wegzunehmen, so müssen Ost und West, aber auch die Entwicklungsländer gemeinsam auf die Herausforderungen der Ökologie eine Antwort finden. Wir brauchen die Vereinigung aller nationalen Bemühungen zu internationalem Handeln, denn die Erde hat eine gemeinsame Luft, eine gemeinsame Atmosphäre und gemeinsames Wasser. Die Schätze der Natur dürfen nicht verschwendet, sondern müssen geschützt und bewahrt werden, um auch kommenden Generationen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dies erfordert überall auf der Welt, insbesondere aber in den hochentwickelten Industriestaaten des Westens, ein gründliches Umdenken im Umgang mit der Natur.

Die CDU ist die einzige Partei der Bundesrepublik Deutschland, die eine in sich

geschlossene, zukunftsorientierte, dynamische und umfassende Vorsorgepolitik zum Schutz von Umwelt, Natur und menschlicher Gesundheit betreibt. Sie stützt sich dabei auf ihre langjährige umweltpolitische Kompetenz, denn sowohl die ersten als auch die modernsten Umweltgesetze der Bundesrepublik Deutschland entstanden unter CDU-geführten Bundesregierungen.

Umweltpolitik kann nicht isoliert, sondern nur im politischen Gesamtzusammenhang als Querschnittsaufgabe betrieben werden. Die Gesundheit der Menschen hat dabei stets absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Anforderungen. Kurzfristige wirtschaftliche Vorteile dürfen nicht durch langfristige ökologische Gefährdungen erkauft werden.

Erhaltung und Weiterentwicklung der Schöpfung verlangen die Solidarität über Generationen und Grenzen hinweg, auch die Solidarität zwischen Nord und Süd. Wir sind uns der globalen Risikogemeinschaft beim Umgang mit der Schöpfung bewußt. Dieser Risikogemeinschaft muß weltweite Umweltpartnerschaft ebenso entsprechen wie ein ökologischer Generationenvertrag, der die möglichen Folgen unseres Handelns für die Zukunft zur Grundlage heutiger Entscheidungen macht.

Schwerpunkte des Leitantrages zur Umwelt- und Energiepolitik

Mit dem Entwurf des Leitantrages beschreiben wir die Aufgaben und Perspektiven unserer Umwelt- und Energiepolitik für die neunziger Jahre.

1 Natur erhalten. Natur ist nicht Steinbruch unseres Wohlstandes, sondern Geschenk Gottes, das an künftige Generationen weiterzugeben wir verpflichtet

sind. Der Mensch darf und muß für sich und seine Bedürfnisse die Natur nutzen. Dies muß aber mit Behutsamkeit geschehen, eingebunden in ein ganzheitliches Denken, das um die Naturkreisläufe weiß und sie respektiert. D. h. Aufbau eines regionenübergreifenden Biotopverbundsystems; die Arbeit der Naturschutzverbände mehr als bisher fördern; die weitere Inanspruchnahme von Fläche, die eine Bodenversiegelung zur Folge hat, muß in Zukunft abgabepflichtig gemacht werden; und Landwirte sind für Nut-

Aufforderung zur Diskussion

Der volle Wortlaut des Leitantrags zur Umwelt- und Energiepolitik wird als Dokumentation im nächsten Uid erscheinen. Den gemäß § 6 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung antragsberechtigten Gliederungen ist er bereits brieflich zugegangen. Sie können ab sofort ihre Ergänzungs- und Abänderungsanträge sowie sonstige Anträge bis spätestens Montag, 14. August 1989 („Antragsschluß“), bei der Bundesgeschäftsstelle einreichen.

Antragsberechtigte Gliederungen der Partei sind neben Bundesvorstand und Bundesausschuß die Vorstände der Bundesvereinigungen, der Landesverbände, der Vorstand der Exil-CDU und die Vorstände der Kreisverbände.

zungsausfälle, die im Interesse der Landschaftspflege in Kauf genommen werden, und die damit verbundenen Leistungen finanziell zu entschädigen.

2 Von der Reparatur zur Vorsorge durch eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft: d. h. marktwirtschaftliche Anreize sind der beste Weg, damit die Dynamik des technischen Fortschritts

gezielt zur Verbesserung des Umweltschutzes angeregt und genutzt wird.

Wir setzen dafür die Instrumente ein, die dem Ziel „Verbesserung der Umwelt“ am besten dienen: steuerliche Förderung, Benutzervorteile, Steuerspreizung, Investitionshilfen, Abgaben. Für Steuern und Abgaben in der Umweltpolitik gilt für uns: Im Vordergrund steht der Anreiz für umweltfreundliches Verhalten, nicht das Aufkommen. Umweltbezogene Besteuerung darf nicht zum Vehikel einer Erhöhung der Staatsquote werden. Das Steuersystem muß nach möglichen Hindernissen für Umweltentlastungen durchforstet werden (z. B. Gleichstellung von aktiver und passiver Solartechnik). Vor allem wollen wir: Der § 7 d Einkommensteuergesetz soll nicht entfallen; der § 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung muß weiter bestehen; die Kfz-Steuer muß auf eine emissionsbezogene Steuer, die neben NOx und HC auch CO₂ und Rußpartikel einbezieht, umgestellt werden; eine Abgabe für Flächenverbrauch, der Bodenversiegelung zur Folge hat.

3 Schutz und Erhaltung einer lebenswerten Umwelt: Globale Herausforderung für Umweltpartnerschaft.

Wir brauchen eine Umweltaußenpolitik zum Schutz der Erdatmosphäre, zum Schutz der Ozonschicht und zum Schutz und zur Erhaltung der tropischen Regenwälder: d. h. Erarbeitung und Abschluß eines Übereinkommens zum Schutz der Erdatmosphäre; Verschärfung des Protokolls von Montreal zu Produktion und Verbrauch von FCKW; durchgängige Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutz bei unserer Zusammenarbeit mit der 3. Welt; und Schuldenerlaß gegen Naturerhaltung als konkrete internationale Solidarität.

4 Europa muß zur Umweltgemeinschaft werden, denn Luft und Wasser

kannten noch nie nationale oder ideologische Grenzen. Diese Umweltgemeinschaft muß West- und Osteuropa einbeziehen: d. h. hohes Niveau umweltpolitischer Vorsorge in Europa, gemeinsame europäische Umweltagentur; bilaterale Verträge zwischen Ost und West; und Förderung von Umwelttechnologie-Transfer und Umweltinvestitionen.

5 Wir brauchen eine umweltpolitisch verantwortbare Energiepolitik, die vier Aufgaben erfüllen muß:

► Die sparsame, effiziente Nutzung der Energieträger; d. h. energiepolitische Offensive, um Energiesparpotentiale auszuschöpfen, und Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen für neue Möglichkeiten der rationellen Energieverwendung.

► Die Verminderung der Umweltbelastungen aus der Nutzung fossiler Energieträger; d. h. Einsatz neuer integrierter Technologien, wie z. B. der zirkulierenden Wirbelschicht, und ein Programm zur Förderung schadstoffärmerer Kohleverbrennung.

► Die Entwicklung, Erprobung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energieträger und Energiesysteme; d. h. massive und kontinuierliche Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Markteinführung regenerativer Energien, Einrichtung eines EUROSOLAR-Zentrums im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und Entwicklung einer neuen Stromtarifordnung.

► Die verantwortliche Nutzung der Kernenergie leistet einen Beitrag zur Minderung der CO₂-Emissionen. Die Kernenergie kann nicht allein die Lösung des Klimaproblems sein; jedoch gibt es keine Lösung ohne Kernenergie, solange eine umweltverträgliche Alternative nicht verfügbar ist. Wer jetzt aus der Kernenergie aussteigen will, gefährdet unser

Parteiprofile und Wählerwandel

Die großen Volksparteien vor neuen Herausforderungen

Die jüngsten Wahlergebnisse haben zu einem intensiven Nachdenken über den gegenwärtigen inneren Zustand der Bundesrepublik Deutschland, der sie prägenden Parteienlandschaft und des Verhältnisses der Bürger zu den Parteien geführt.

Welches sind die wirklichen Herausforderungen, vor denen die großen Volksparteien stehen, wenn sie das Erbe ihrer Politik an die jüngeren Generation weitergeben wollen?

Mit einer Fachtagung, vom 5. bis 7. Juli 1989 in Schloß Eichholz, Wesseling, möchte das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Gespräch mit Wissenschaftlern und Politikern ein Forum für die Analyse und Diskussion der Antworten auf grundlegende Problemfelder unserer gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Entwicklung bieten und die Gelegenheit geben, über den Umgang der Parteien miteinander zu diskutieren.

Klima. Wir müssen CO₂-freie Alternativen entwickeln und damit eine Energieversorgung ohne Kernenergie erst noch erfinden; nur insoweit kann die Kernenergie als Übergangstechnologie verstanden werden. Und wir stellen uns der internationalen Sicherheitspartnerschaft beim Umgang mit der Kernenergie, um ein international gleichwertig hohes Sicherheitsniveau zu erreichen.

Vorträge von:

Prof. Dr. Oscar Gabriel, Universität Mainz; Dr. Hans-Joachim Veen, Leiter des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung; Dr. Norbert Lepszy, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung; Waltrud Will-Feld (MdB), CDU/CSU-Fraktion; Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion; Walter Bajohr, Rheinischer Merkur.

Teilnahmebedingungen:

Teilnehmerbeitrag 40 DM; Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn/Eigenbeteiligung 20 DM); Unterkunft und Verpflegung sind frei.

Information/Anmeldung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Institut für Politische Bildung, Postfach 13 31, 5047 Wesseling, Tel. (0 2236) 707-2 26 (Frau Ramackers). ■

Mit dem Versand des Entwurfs eines Leitantrages zur Umwelt- und Energiepolitik wird in der CDU die bereits im April 1989 begonnene, intensive, programmatische Diskussion fortgesetzt und vertieft. Die Partei beteiligt sich auf allen Ebenen an dieser Diskussion mit dem Ziel, den Bundesparteitag inhaltlich vorzubereiten und Anträge zum Leitantrag zu erarbeiten.

CDU an der Seite der Bundeswehr

Gemeinsam mit fast 150 Vorsitzenden der Arbeitskreise Bundeswehr der CDU auf Kreis- und Standortebene, den Vorsitzenden der Landesfachauschüsse Sicherheitspolitik und den Ansprechpartnern in den Vereinigungen der Partei hat die CDU Anfang Juni im Konrad-Adenauer-Haus die politischen Schwerpunkte ihres Arbeitsprogramms „CDU an der Seite der Bundeswehr“ festgelegt. Zur Vorstellung dieses Programms erklärte der Beauftragte der CDU für die Bundeswehr, Paul Breuer: Mit der Veranstaltung, an der auch Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg und Generalsekretär Heiner Geißler teilgenommen haben, ist die inhaltliche und organisatorische Vorbereitungsphase für das vom Bundesvorstand beschlossene Arbeitsprogramm abgeschlossen. Breuer weiter:

Die CDU hat in den vergangenen Monaten ihr Kommunikationsnetz für den Dialog mit der Bundeswehr auf allen Ebenen aktualisiert und intensiviert. Mit der Vernetzung unserer politischen Arbeit bis in die Kreisverbände hinein wollen wir auf allen Ebenen unserer Partei mehr Sensibilität für die Belange der Bundeswehrsoldaten erzeugen. Wir werden die politische und moralische Begründung für die Bundeswehr und für das westliche Bündnis klar herausarbeiten.

Die CDU wird in den nächsten Monaten eine Vielzahl von Maßnahmen und Veranstaltungen durchführen, die unter meiner Verantwortung als Beauftragter der CDU für die Bundeswehr stattfinden werden. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden der CDU in diesem Jahre acht große Veranstaltungen mit der Bundeswehr abhalten und den

Dialog mit den Soldaten der Bundeswehr weiter vertiefen:

- Als jährliche Zentralveranstaltung wird die CDU ein „Forum Bundeswehr“ in Bonn durchführen.
- Gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden eine Anhörung zur sozialen und gesellschaftlichen Lage der Soldaten und eine gemeinsame Konferenz mit den hauptamtlichen Jugendofizieren der Bundeswehr stattfinden.
- Mit Kirchen und Gewerkschaften wollen wir den Dialog über wichtige Fragen der Bundeswehr, der Wehrpflicht und der Verteidigung führen.
- Als Beauftragter der CDU für die Bundeswehr werde ich zusammen mit Abgeordneten der CDU auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in den Monaten Juli und August 15 Truppenbesuche quer durch alle Landesverbände der CDU durchführen.

Informationsmappe

Für das Arbeitsprogramm „CDU an der Seite der Bundeswehr“ ist eine Informationsmappe erstellt worden. Sie enthält u. a.:

- das Attraktivitätsprogramm Bundeswehr der CDU,
- die Leistungsbilanz „Unsere Politik für die Soldaten“,
- Aktionsvorschläge,
- Dokumente und Erklärungen zum Brüsseler NATO-Gipfel im Mai 1989,
- eine Namens- und Adressenliste für die Arbeit mit der Bundeswehr.

Diese Informationsmappe ist noch in einzelnen Exemplaren in der CDU-Bundesgeschäftsstelle erhältlich unter der Telefon-Nr.: (02 28) 5 44-4 54.

Werbemittel für Sommeraktionen

Best.-Nr.	Titel	Mindest-abnahme	Preis pro Mindest-abnahme
9778	Wasserball	25 Stück	35,—
9304	Luftballon bunt	1 000 Stück	100,—
9292	Bierdeckel mit CDU-Aufdruck	100 Stück	3,50
0458	CDU-Sonnenschirm	1 Stück	75,—
9059	Tischdeckenfolie: 50 m × 90 cm	1 Rolle	30,—
9922	Getränkebecher	100 Stück	13,—
9082	Papier-Tasche weiß: „Ein Sommer mit der CDU“	250 Stück	45,—
9669	Postkarte: „Schöne Ferien“	50 Stück	7,50
8174	Poster A0: „Schöne Ferien“ (neu)	50 Stück	57,—
8175	Poster A1: „Schöne Ferien“ (neu)	50 Stück	25,—

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzügl. Mehrwertsteuer.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Richtigstellung

In der CDU-Dokumentation „Die REP — Analyse und politische Bewertung einer rechtsradikalen Partei“, die am 18. Mai 1989 auf einer Presse-Konferenz in Bonn vorgestellt wurde, ist auf deren Seite 11 bzw. auf Seite 9 der CDU-Dokumentation 17/1989 in „Union in Deutschland“ (UiD), Nr. 17/89 vom 26. Mai 1989, als ein Beispiel für ein früheres offenes Bekenntnis zum Rechtsextremismus und als ehemaliger NPD-Anhänger auch Dieter Lieberwirth aufgeführt.

Diese Behauptung beruhte auf Ausführungen in der Zeitschrift „DER SPIEGEL“, Nr. 7/89 vom 13. Februar 1989, Seite 64 oben, in dem Artikel

„Sympathisanten hinter den Gardinen — Wie Rechtsradikale und Rechtsextremisten sich für die nächsten Wahlen rüsten“ (Seiten 54, 58, 60, 61 und 64). Bei der Vorbereitung der Dokumentation wurde jedoch bedauerlicherweise versehentlich der Leserbrief von Herrn Dieter Lieberwirth (Stuttgart) in „DER SPIEGEL“ vom 6. März 1989, Seite 9, mittlere Spalte, übersehen, in dem Herr Lieberwirth u. a. ausführt, er sei niemals mit der NPD als deren Mitglied, Anhänger oder Gesinnungsfreund verbunden gewesen.

Die CDU Deutschlands hält daher die von Herrn Lieberwirth beanstandete Äußerung nicht mehr aufrecht, nimmt sie also zurück und wird sie auch nicht mehr wiederholen.

Sommer aktiv – Freizeitspaß mit der Union

Daß die Deutschen Weltmeister im Verreisen sind, hat sich inzwischen herumgesprochen. Doch nach wie vor gilt auch für viele die alte Weisheit: am schönsten ist es zu Hause. Damit es für alle diejenigen, die diesen Sommer nicht verreisen wollen oder denen etwas dazwischen gekommen ist, ein Supersommer wird, hier einige Aktionsvorschläge für die heißen langen Tage und die hellen Abende.

Vogelstimmenspaziergang

Fröhlaufstehen in den Sommerferien? Sie werden sich wundern, wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich einfinden, wenn sie einen morgendlichen Spaziergang durch den Park Ihrer Stadt oder die umliegenden Felder und Wälder Ihres Ortes anbieten. Sicher gibt es in Ihrem Verband einen Experten, der gerne Auskunft über die morgendlichen Vogelstimmen und andere Tiere und Pflanzen gibt.

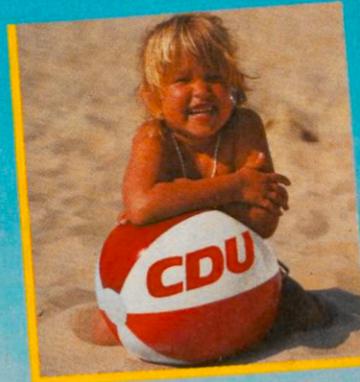
Fahrradrallye

Auf angenehme Weise die Heimat erkunden — gleich ob in der Stadt oder auf dem Land: Was eignet sich besser dazu als eine Fahrradrallye? Vom Start zum Ziel gibt es viele lokale Besonderheiten zu entdecken und manche knifflige Frage zu beantworten. Mit CDU-Fähnchen geschmückte Fahrräder werben „ganz nebenbei“ für die CDU.

Schwimmen für einen guten Zweck

Je heißer der Tag, desto mehr lockt das kühle Nass. Wie wäre es, wenn Sie Freizeitspaß und einen guten Zweck miteinander verknüpften? Auf zwei Bahnen wird ein Schwimm-Marathon veranstaltet: Jeder Teilnehmer wirft eine Mark in

SCHÖNE FERIEN



Das Poster „Schöne Ferien“ gibt es in den Formaten A0 und A1. Preise und Bestell-Nummern finden Sie in der nebenstehenden Übersicht.

einen großen Topf und darf dafür 50 Meter schwimmen. Es geht darum, in einer bestimmten Zeit möglichst viele Teilnehmer auf einer der beiden Strecken schwimmen zu lassen. Aus dem Kreis der siegreichen Mannschaft wird ein gestifteter Hauptgewinn verlost. Das gesamte „Startgeld“ wird für einen guten Zweck gestiftet.

Sommerliches Konzert

Es muß nicht immer Beat und Rock sein. Ein kleines Konzert klassischer Musik an einem lauen Sommerabend findet bestimmt sein Publikum. Schüler und Schülerinnen Ihrer örtlichen Musikschule oder die Mitglieder einer Volksmusikgruppe nehmen die Gelegenheit, ihr Können in entspannter Atmosphäre darzubringen, sicher mit Freude wahr.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

SCHÖNE FERIEN



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten.
Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden
Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle
weiterleiten wird.

UiD

20/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tele-
fon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28)
544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankver-
bindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ
380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,-
DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** WA Vereinigte
Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.